

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ursula Haubner, Dr. Spadiut,

Kollegin und Kollegen

betreffend Abschaffung der Krankenhaus-Selbstbehalte für Kinder
 eingebracht im Zuge der Debatte über Bericht des Gesundheitsausschusses über den Antrag 503/A(E) der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein, Kolleginnen und Kollegen betreffend Streichung des Selbstbehaltes bei Therapien für Kinder und Jugendliche und über den Antrag 518/A(E) der Abgeordneten Dr. Kurt Grünewald, Kolleginnen und Kollegen betreffend Etablierung kostenfreier Therapien für Kinder und Jugendliche (189 d.B.)

Nach den derzeit gesetzlichen Bestimmungen müssen mitversicherte Angehörige bei einem Krankenhausaufenthalt eine 10-prozentige Zuzahlung zu den Pflegegebühren leisten, die direkt vom Krankenhaus eingehoben werden. Diese Kostenbeteiligung wird aber für junge Familien immer mehr zur finanziellen Belastung. In Salzburg und Vorarlberg kostet den Eltern der Krankenhausaufenthalt ihrer Kinder täglich bis zu 17 Euro und bis zu 476 Euro pro Jahr. Der Krankenhaus-Selbstbehalt für Kinder ist somit um fast 50 Prozent höher als der Selbstbehalt für Erwachsene. Denn ein Selbstversicherter in der Steiermark muss dafür etwa 8,68 Euro leisten. Da dieser Selbstbehalt auch jedes Jahr ansteigt und für maximal 28 Tage zu bezahlen ist können die Eltern diese Kostenbeteiligung kaum mehr finanzieren. Vor allem Familien mit chronisch kranken Kindern trifft diese Regelung besonders hart.

Kinder sind unsere Zukunft und gerade deshalb ist es wichtig sie bestmöglich in ihrer Entwicklung und im Krankheitsfall bei ihrer Genesung zu unterstützen. Doch durch diese finanzielle Belastung der Eltern ist zu befürchten, dass die bestmögliche Gesundheitsversorgung für die Kinder nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Daher muss im Interesse der Familien diese Zuzahlung der Eltern bei Krankenhausaufenthalte und Therapien ihrer Kinder unter 18 Jahren rasch abgeschafft werden und mehr Familienfreundlichkeit in unserem Land umgesetzt werden.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, rasch familienfreundliche Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Familien durchzuführen und die generelle Abschaffung der Zuzahlung zu den Pflegegebühren bei Krankenhausaufenthalte und Therapien von Kindern unter 18 Jahren umzusetzen.“

Wien, am 16. Juni 2009

U. Haubner *Dr. Spadiut* *Dr. Belakowitsch-Jenewein* *Dr. Grünewald*
Dr. ... *Dr. ...* *Dr. ...* *Dr. ...*